

Beschluss des Stadtrats

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

Sparpaket 2007

- I. 1. Der Stadtrat beschließt das beiliegende Sparpaket 2007.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die zügige Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu sorgen. Über die Realisierung der einzelnen Vorgaben ist mindestens halbjährlich, erstmals im April 2007, im Ältestenrat bzw. dem Personal- und Organisationsausschuss zu berichten.
3. Das Finanzreferat wird beauftragt und ermächtigt, die durch die Umsetzung der oben genannten Entscheidungen erforderlichen Veränderungen der Budgets im Vollzug des Haushaltsplanes 2007 ff. bzw. bei der jeweiligen Haushaltsplanaufstellung vorzunehmen.

II. **je an**

- a) OBM
- b) 2. BM
- c) 3. BM
- d) SRD
- e) Ref. I
- f) Ref. II
- g) Ref. IV
- h) Ref. V
- i) Ref. VI
- j) Ref. VII
- k) Ref. VIII

Nürnberg, 23. November 2006

Der Vorsitzende:



(Dr. Maly)
Oberbürgermeister

Der Referent:



(Köhler)
Stadtkämmerer

Die Schriftführerin:



(Brinkmann)

Abdruck an:

- a) BgA
- b) GPR
- c) OrgA
- d) Ref. I/II-Stab VR
- e) Rpr
- f) Stk

Haushaltskonsolidierung 2007

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung	Vorschlag	Betrag (Euro)
1	FW: Reduzierung der Kapazitäten im Bereich der Verwaltung	Durch den Wegfall von Unterhaltsarbeiten, wenn der Standort Reutersbrunnenstraße saniert bzw. aufgegeben ist, können von den Einsatzbeamten Verwaltungstätigkeiten mit übernommen werden.	80.000
2	Aufgabe des Versicherungsamtes	Es sind Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern aufgenommen worden, die gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung eines Versicherungsamtes aufzuheben bzw. Personal zu reduzieren.	500.000
3	Einsparung bei Mietkosten	Für das Amtsgebäude Marienstraße 6 (Dienststelle WS) lief der Mietvertrag zum 31.05.2006 aus. Der Raumbedarf ist weiterhin gegeben; das Mietverhältnis ist verlängert worden. In Verhandlungen mit dem Vermieter ist es LA gelungen, den Mietpreis zu senken. Weiterhin ist derzeit geplant, das Erdgeschoss zu vermieten (20.000 €).	150.000
4	Neuorganisation des Referates V	Durch die Organisationsreform im Referat V kann eine Einsparsumme in Höhe von insgesamt 1.075.000 Euro erwartet werden.	1.075.000
5	Einsparungen bei Mietkosten durch Veränderungen im Rahmen der Umsetzung des SGB II	Abmietung von städtischen Gebäuden: Rothenburger Str. 245 (Wallenstein Center, Fichtestr. 45, Glockenhofstr. 24 - 26) in Höhe von 661.000 €; im Gegenzug fallen Kosten bei der Anmietung Platenstr. 46, Nicolaistr. 14, Sandstr. 22 - 24, Sennefelder Str. 11 sowie am Richard-Wagner-Platz in Höhe von 231.000 € an.	430.000
6	Wirtschaftliche Jugendhilfe	Durch rückläufige Ausgaben in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe kann der Haushaltsansatz entsprechend angepaßt werden.	3.250.000
7	Denkmalschutz von H zu BoB	Konzentration der hoheitlichen Aufgaben im Rahmen des DschG bei der BoB, Zuordnung des Fachbereiches Denkmalschutz von H zur BoB. Der verbleibende Fachbereich Denkmalspflege kann wie in den Jahren zuvor in den Bereich Bau integriert werden. Dadurch wird die Abteilungsleiterstelle Bereich Denkmalspflege/Denkmalschutz eingespart.	0

Haushaltskonsolidierung 2007

Ifd. Nr.	Kurzbezeichnung	Vorschlag	Betrag (Euro)
8	Prüfauftrag im Bereich Reproduktion	Da externe Vergaben im Bereich Reproduktion wirtschaftlicher sind, als die interne Aufgabenerledigung durch Geo, ist zu prüfen, in welchem Umfang die derzeit bei Geo vorgehaltenen Personal- und Sachressourcen für die Aufgabenerfüllung im Bereich Reproduktion noch notwendig sind.	50.000
9	Prüfauftrag im Bereich Kartographie	Im Stellenplan von Geo sind 17,48 Stellen im Bereich Kartographie ausgewiesen. Es wird - auch im Vergleich zu anderen Kommunen - geprüft, ob eine Reduzierung des Personals möglich ist.	200.000
10	Bündelung der Kompetenzen bei EU Fördermitteln	Überprüfung der Aufgabenerledigung bei IB, Ref. VII und WIV (Hinweis: Metropolregion, Struktur- und Sozialfonds)	80.000
11	Kostensenkung durch internetbasierten Einkauf (e-procurement)	Es ist zu prüfen, ob durch Online-Ausschreibung, Online-Vergabe und Online-Einkauf Einsparpotenziale erzielbar sind. Hierbei sind auch Vergleiche mit Städten, die bereits e-procurement nutzen, einzubeziehen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit die Funktionalitäten von SAP bzw. externe e-procurement-Plattformen genutzt werden können. Ggf. ist externe Unterstützung einzubeziehen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe wurde ins Leben gerufen.	200.000
12	Verzicht auf Lagerhaltung	Im Zusammenhang mit internetbasiertem Einkauf ist auch gesamtstädtisch die Notwendigkeit zentraler Lager zu prüfen. Die Übertragung der Lagerhaltung auf Lieferanten und die Beschaffung auf elektronischem Weg setzt eine entsprechende luk-technische Infrastruktur voraus.	150.000
13	Vergabe von Dienstleistungen über Internet	Im Internet sind Kontaktbörsen vertreten, in denen Waren und Dienstleistungen ausgelobt und angeboten werden. Es erscheint sinnvoll auch bei der Stadt Nürnberg diese Möglichkeit im Rahmen der bestehenden Regelungen zu nutzen. Eine Nutzung wird zum Beispiel im Bereich der freihändigen Vergaben gesehen, evtl. auch als Alternative zu (langfristigen) Rahmenverträgen und zur Abrechnung von Regiestunden. Den Anforderungen an die Qualität kann durch die Abfrage von Referenzen oder die Vergabe an bekannte Dienstleister Rechnung getragen werden.	100.000

Haushaltskonsolidierung 2007

lfd. Nr.	Kurzbezeichnung	Vorschlag	Betrag (Euro)
14	Leitungsspannen überprüfen (Einführung von Standards)	Die Erforderlichkeit von kleinen Organisationseinheiten (z.B. mit weniger als 6 Vollkräften) ist auf die fachliche Notwendigkeit (z.B. bei Gliederungen nach regionalen Gesichtspunkten) auch unter Berücksichtigung zunehmender Projektarbeit in der Verwaltung und Nutzung von Spezialwissen zu betrachten. Weiter ist der Gesamtumfang und die Tiefe der Leitungshierarchie zu prüfen. Der Vorschlag bezieht sich auf alle Hierarchieebenen.	300.000
15	Kosten für SAP-Lizenzen reduzieren	Die jährlichen Kosten für die Pflege der SAP-Lizenzen wird in das Budget der Dienststellen übertragen. Dabei ist Anzahl und Notwendigkeit des Einsatzes der SAP-Lizenzen zu prüfen.	46.000
16	Ausschöpfen des Kostenrahmens	Anpassung der Gebührenhöhe unter Ausschöpfung des Kostenrahmens	1.000.000
17	Hochschule für Musik	Die Verbandsumlage soll schrittweise reduziert werden.	150.000
18	Reduzierung der Müllgebühren bei den städtischen Dienststellen und Betrieben	Ausdehnung des Projekts "Müll an Schulen" auf die Gesamtstadt. Die Umsetzung für die Gesamtstadt wurde bereits unter Federführung von ZD begonnen.	200.000
19	Verkauf von nicht (mehr) für städtische Zwecke benötigten Immobilien (insbesondere unbeauteter Besitz und Wohngebäude - auch die in GfG- Verwaltung)	Ermittlung der in Frage kommenden Immobilien sowie Umsetzung durch Erhöhung des Einnahmeansatzes um jährlich 400.000 €.	400.000
20	Wegfall der Pausenregelung im Arbeiterbereich	wirksam ab 2010 nach Wegfall der Übergangsregelung	500.000
21	Gewinnausschüttung Sparkasse		1.800.000
	Summe		10.661.000